

Sehr geehrte Damen und Herrn,

zu Ihrer Anfrage vom 10.09.2017 „Wahlprüfsteine Umwelt zur BTW 2017“ verweise ich auf unser Wahlprogramm www.die-anstaendige-alternative.de und übersende ich Ihnen meine kurzen Antworten.

Mit freundlichen Grüßen

Günther Mack

Zu A1)

Die Freien Wähler begrüßen das Pariser Klimaabkommen und setzen sich für dessen Umsetzung ein.

Zu A2) und A3)

Das Ende der Kohleverstromung durch Braunkohle und das Umstellen der Energieerzeugung auf erneuerbare Energien halten die Freien Wähler für absolut notwendig. Wir sehen uns aber zurzeit nicht in der Lage dafür sinnvolle, realistische und umsetzbare Termine zu nennen.

Zu A4)

Der Ausstieg aus der Atomenergie ist beschlossen und wird umgesetzt. Das Bundesverfassungsgericht hat die Erhebung einer Steuer auf Brennelemente als verfassungswidrig erklärt. Daran muss sich jede Bundesregierung halten, wenn sie sie keinen erheblichen Schaden wegen zurückzahlender Steuer, samt Verzinsung, produzieren will. In unserem Wahlprogramm haben wir aber festgelegt, dass „das Verursacherprinzip bei der Atomenergie vollständig Anwendung findet. ... Wir stellen uns Versuchen entgegen, wonach künftig der Steuerzahler mit den Risiken und einer späteren Haftung belastet wird.“

Zu A5)

Die Freien Wähler setzen sich dafür ein, Energieverschwendung zu vermeiden. Dabei setzen wir vor allen Dingen auf Aufklärung der Verbraucher über Energieeffizienz und Energieeinsparung.

Zu A6)

Das letzte deutsche Kernkraftwerk soll in fünf Jahren abgeschaltet werden. Wir Freien Wähler sehen deshalb nicht die Notwendigkeit, den Ausstieg noch weiter zu forcieren.

Aus dem Wahlprogramm der Freien Wähler: „Uns bereiten auch die Störfälle grenznaher Kernkraftwerke im Ausland große Sorgen, wie etwa Cattenom in Frankreich oder Tihange in Belgien. Wir wollen hier auf internationaler Ebene mehr Sicherheit für unsere Bürger erreichen.“

ZU B1)

PKW

Zu B2)

Wir leben in Rheinland-Pfalz in einem Flächenland, Busse und die Bahn sind zwar auch hier wichtig, ersetzen aber nicht unbedingt den privaten PKW-Verkehr. Wichtig sind deshalb aus Sicht der Freien Wähler Mitfahrerparkplätze anzubieten, die E-Mobilität (bei Bussen und PKWs) zu fördern, die Attraktivität der Bahn zu erhöhen und dort wo es die Siedlungsstruktur hergibt, den ÖPNV auszubauen.

Zu B3)

Zu Zuordnung: Schaden – Verursacher kann nicht so einfach vorgenommen werden. Es geht ja nicht nur um den Weg einer Person von A nach B, auch Güter werden transportiert. Ist der Transportunternehmer der Verursacher der CO₂-Emission oder der Käufer der Ware? In welchem Maß sollen die Verursacher zur Kasse gebeten werden?

Soll man außerdem die Bevölkerung auf dem flachen Land dafür zahlen lassen, dass sie das anspruchsvolle ÖPNV-Angebot vorfindet, das der Städter nutzen kann?

Zu B4)

Die Entziehung einer Betriebserlaubnis ist eine rechtlich höchst problematische Angelegenheit. Wo setzt man Grenzen? Dürfen beispielsweise Oldtimer nicht mehr genutzt werden? Lokale Fahrverbote für Fahrzeuge, die eine besondere Umweltbelastung darstellen, sind eine denkbare temporäre Lösung bei Überschreitung gesetzlich vorgegebener Grenzwerte.

Die Freien Wähler sehen bei den Dieselfahrzeugen aber auch die Autohersteller in der Pflicht. Eine Softwareumstellung alleine bringt nicht die erwünschten Abgaswerte. Deshalb ist auch eine Umstellung der Hardware nötig.

Zu B5)

Der weitere Neubau von Straßen muss nicht nur wegen des Flächenverbrauchs sehr restriktiv gehandhabt werden. Bei geplanten Ortsumgehungen muss die Belastung der Bürger an innerörtlichen Hauptverkehrsadern durch Lärm und Abgase berücksichtigt werden.

Olsbrücken besitzt – ähnlich wie Hirschhorn – fast keine parallel zur Hauptstraße verlaufende Seitenstraßen. Bei Sperrung der Hauptstraße gibt es für den Durchgangsverkehr deshalb nur die Möglichkeit einer großräumigen Umleitung mit vielen zusätzlich gefahrenen Kilometern.

Daten einer aktuellen Verkehrszählung (vor der Sperrung der B 270 in Hirschhorn) liegen mir nicht vor, in Olsbrücken scheint mir aber eine Ortsumgehung vertretbar zu sein.

Zu C1)

Der ausgehandelte CETA-Vertrag stellt nach der Auffassung der Freien Wähler unseren vorsorgenden Ansatz zunehmend in Frage und sollte in dieser Form von der Bundesregierung nicht unterzeichnet werden.

Zu C2)

Nein!

Zu C3)

Es gibt sicherlich einige Punkte im Bereich des Klima- und Umweltschutzes und der Entwicklungszusammenarbeit, die verbessert werden können.

Die Freien Wähler setzen hier auf Information statt Bevormundung bei Kaufentscheidungen und fordern eine Stärkung der Verbraucherzentralen.

Für die Freien Wähler ist Entwicklungspolitik sehr wichtig. Wir wollen eine Fair-Trade-Selbstverpflichtung, ein Ausbau des Eine-Welt-Promotoren-Programms, das Textilbündnis voranbringen, einen eigenen Haushalt für die Hilfsorganisationen der UNO und den Einsatz von 0,7% des Bruttoinlandsprodukts für Entwicklungspolitik.

Zu C4)

Durch verantwortungsvolle Entwicklungshilfepolitik. Siehe Antwort zu C3), letzter Teil.

Zu C5)

Der Verbraucherschutz ist uns sehr wichtig.

Zu C6)

Wir können uns die Entlastung von Angaben auf Arbeit vorstellen. Ob die Verteuerung von Roh- und Brennstoffen den Ressourcenverbrauch merklich reduzieren kann und welche weiteren Auswirkungen dies hätte, ist für uns noch fraglich.

Zu D1)

Die Freien Wähler lehnen Zielvorgaben in diesem Bereich ab. Jeder Landwirt muss/soll selbst entscheiden wie er seinen Betrieb zukunftsfähig und rentabel führen kann.

Unser Ziel ist, die Vielfalt der Landwirtschaft und bestehenden Kulturlandschaften zu erhalten und den ländlichen Raum zu fördern. Regionale Spezialitäten und regionale Verarbeitung sind für die Freien Wähler auch ein Stück gelebtes Kulturgut, das es weiterhin zu fördern gilt.

Zu D2)

Die Weiterentwicklung von Tierhaltungsbedingungen wird von den Freien Wählern nachdrücklich unterstützt. Allerdings darf dies nicht zu einer weiteren Benachteiligung bäuerlich geführter Betriebe gegenüber großen, gewerblich strukturierten Anlagen führen. Eine Verbesserung der Haltungsbedingungen und wirtschaftlicher Erfolg bäuerlicher Strukturen dürfen sich nicht gegenseitig ausschließen. Spezielle Begleitung durch Wissenschaft und Fördersysteme müssen auch kleineren tierhaltenden Betrieben, insbesondere in naturräumlich benachteiligten Regionen, Perspektiven in die Zukunft eröffnen.

Zu D3)

Eine Kennzeichnungspflicht ist sinnvoll.

Die Freien Wähler sprechen sich für ein agro-gentechnikfreies Deutschland und Europa aus, da die Risiken weder ausreichend erforscht noch abschätzbar sind. Die Bürger als Verbraucher sind mehrheitlich gegen gentechnisch veränderte Lebensmittel. Wir wollen den Bürgerwillen auch in diesem Bereich ernstnehmen und keine Kompromisse mit Gentechnik-Konzernen eingehen.

Zu D4)

Wir setzen auf bäuerliche Familienbetriebe, nicht auf große, gewerblich strukturierte Betriebe. Familienbetriebe bewirtschaften nicht beliebig große Stallflächen.

Zu D5)

Ja!

Zu D6)

Ja!

Zu E1)

Ja!

Zu E2)

Die wissenschaftlichen Untersuchungen liefern noch kein eindeutiges Bild. Wir wollen weitere Erkenntnisse zur Gefährdung durch diese beiden Stoffe noch abwarten.

Zu E3)

Der Schutz von Insekten ist gerade auch für die Landwirtschaft sehr wichtig. Deshalb sollte ein Bienenaktionsplan möglichst bald umgesetzt werden.

Zu E4)

Ja!

Zu E5)

Die Freien Wähler setzen sich für eine nachhaltige Waldbewirtschaftung ein. Großflächige Waldstilllegungen sehen wir äußerst kritisch.

Zu F1)

Wir sehen keine realistische Möglichkeit den Flächenverbrauch auf null zu reduzieren.

Zu F2)

Innenentwicklung sollte ganz klar vor Außenentwicklung kommen. Da aber jede Kommune Baugebiete selbstständig ausweisen kann, wird es neue Baugebiete geben.

Zu F3)

Pro Tag gehen in Deutschland bis zu 100 Hektar landwirtschaftliche Anbauflächen verloren. Land- und forstwirtschaftliche Flächen sind ein kostbares und knappes Gut. Aus diesem Grund lehnen wir politische Vorgaben zur Stilllegung von land- und forstwirtschaftlichen Nutzflächen ab.

Zu F4)

Zu diesem Thema haben die Freien Wähler keine Festlegung getroffen.

Zu F5)

Zu diesem Thema haben die Freien Wähler keine Festlegung getroffen.